Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1398**

15. Wahlperiode 03. 07. 2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Blank, Gerhard Wächter, Dirk Fischer (Hamburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/926 –**

Interessen des deutschen Verkehrsgewerbes wirksam erhalten und sichern – Chancen zur Förderung des deutschen Transportgewerbes national und international ergreifen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, auf eine wirkliche Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Bereich des europäischen gewerblichen Güterkraftverkehrs hinzuwirken. Er soll sie weiterhin auffordern, die zum 31. August 2003 wirksam werdende streckenbezogene nutzungsabhängige Lkw-Maut für das deutsche Güterkraftgewerbe gewerbsverträglich zu gestalten und alle Harmonisierungsmöglichkeiten zu nutzen. Auch solle die Bundesregierung im Rahmen der EU-Osterweiterung die Berücksichtigung der berechtigten Interessenlage des deutschen Güterkraftgewerbes wirksam einfordern und für die Kabotageverkehre von Unternehmen aus EU-Beitrittsländern annehmbare Übergangsregelungen schaffen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/926 – abzulehnen.

Berlin, den 2. Juli 2003

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald Vorsitzender	**Uwe Beckmeyer** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Uwe Beckmeyer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/926 in seiner 46. Sitzung am 22. Mai 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, auf eine wirkliche Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Bereich des europäischen gewerblichen Güterkraftverkehrs hinzuwirken. Er soll sie weiterhin auffordern, die zum 31. August 2003 wirksam werdende streckenbezogene nutzungsabhängige Lkw-Maut für das deutsche Güterkraftgewerbe gewerbsverträglich zu gestalten und alle Harmonisierungsmöglichkeiten zu nutzen. Auch solle die Bundesregierung im Rahmen der EU-Osterweiterung die Berücksichtigung der berechtigten Interessenlage des deutschen Güterkraftgewerbes wirksam einfordern und für die Kabotageverkehre von Unternehmen aus EU-Beitrittsländern annehmbare Übergangsregelungen schaffen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 2. Juli 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass einige Maßnahmen, die dem deutschen Transportgewerbe Hilfestellungen geben sollten, wie z. B. die Steuerreform 2000 oder die Verlängerung der Abschreibungsfristen für Lkw im Güterverkehr, in dem Antrag überhaupt nicht berücksichtigt worden seien.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat die Auffassung, die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Transportgewerbes im europäischen Wettbewerb sei gefährdet. In anderen europäischen Ländern gälten niedrigere Mineralölsteuersätze als in Deutschland und auch langfristige Übergangsregelungen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass man sich nicht auf das Niveau der Subventionierung von Dieselkraftstoffen in Italien und Frankreich begeben solle, sondern es vielmehr darum gehe, die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im deutschen Sinne zu gestalten.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie halte insgesamt den Antrag für sinnvoll. Außerdem wies sie darauf hin, dass die Abschreibungsfristen tatsächlich nicht verlängert worden seien.

Berlin, den 2. Juli 2003

Uwe Beckmeyer
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333